

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Copirspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 3.

Dienstag, den 9. Januar 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgerichte sollen den **24. Januar 1883** die dem Schuhmacher **Eduard Mey** in Zwönitz zugehörigen Grundstücke, als: a) das Haus- und Gartengrundstück Nr. 141 des Catasters, Nr. 163a. und 163b. des Flurbuchs, Fol. 136 des Grund- und Hypothekensuchs für Zwönitz, b) das Feldgrundstück Nr. 4 des Flurbuchs, Fol. 267 des Grund- und Hypothekensuchs für genannten Ort, welche Grundstücke am 28. October 1882 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf ad a) 3100 Mark, ad b) 1500 Mark gewürdert worden sind, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Stollberg, am 4. November 1882.

Königliches Amtsgericht baselbst.
Flach.

Bekanntmachung,

die bevorstehende Viehzählung betr.

Die laut Beschluß des Bundesrathes vorzunehmende allgemeine Viehzählung soll am **10. Januar dieses Jahres** erfolgen. Die **Ausfüllung** der zu diesem Zwecke in jedes Hausgrundstück vertheilten Listen **ist eine Verpflichtung der Hausbesitzer bez. deren Stellvertreter.** Abmüthern gehöriges Vieh ist auf der Liste des Hausbesitzers, jedoch nicht unter dessen Namen, sondern unter dem Namen des Viehbesitzers aufzuführen.

In denjenigen Häusern, in denen **keine** der Thiergattungen gehalten wird, auf welche sich die Zählung bezieht, hat der Besitzer ein „**Nach**“ oder „**werden nicht gehalten**“ in die Spalten des Formulars zu setzen.

Alle Formulare, also auch diejenigen, welche nur das Nichtvorhandensein des zu zählenden Viehes bezeugen, sind von den Hausbesitzern bez. deren Stellvertretern mit ihren vollständigen Namen zu unterzeichnen.

Die Ausfüllung der Formulare hat bis zum **14. Januar a. c.** zu erfolgen, vom 15. desselben Monats ab werden dieselben wieder abgeholt werden.

Zwönitz, am 5. Januar 1883.

Der Bürgermeister.
Adam.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. August 1868, die allgemeine Einführung einer Hundesteuer betreffend, in Verbindung mit dem über die Erhebung der Hundesteuer in Zwönitz geltenden Regulativ vom 2. Juli 1879 werden alle Diejenigen, welche hieselbst Hunde halten, aufgefordert, über die in ihrem Besitze befindlichen Hunde bis längstens zum

10. Januar dieses Jahres

schriftlich Anzeige anher zu erstatten, sobald aber in der Zeit

vom 15. bis 20. Januar a. c.

die Steuer für jeden Hund auf das laufende Jahr an die Armencaassenverwaltung zu entrichten, dagegen aber die vorgeschriebene Steuermarkte, welche als Nachweis der bezahlten Hundesteuer von dem betreffenden Hunde stets am Halsbande getragen werden muß, in Empfang zu nehmen.

Gegen Restanten wird nach Ablauf des genannten Zahlungstermins das Executionsverfahren eingeleitet.

Die Unterlassung der angeordneten Anzeige seitens der Hundebesitzer ist nach §§ 3 und 7 des genannten Gesetzes mit der Strafe der Hinterziehung, das ist mit dem dreifachen Betrage der Hundesteuer, zu ahnden.

Zwönitz, am 2. Januar 1883.

Der Bürgermeister.
Adam.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Reichstag tritt bekanntlich diesen Dienstag, den 9. Januar, für den Schluß der Session wieder zusammen, und wichtige Entscheidungen erwarten ihn noch. Wir erinnern nur an die Erhöhung der Holzölle und andere zollpolitische Fragen, an die Einführung der Arbeitsbücher, das Verbot des Lehrlingshaltens für Nichttunungsmeister, dann an die tiefgreifenden Abänderungen der Gewerbeordnung und an die procentuale Börsensteuer. Außer diesen Vorlagen werden den Reichstag noch eine Menge Anträge untergeordneter Bedeutung, sowie verschiedene Interpellationen beschäftigen, so daß voraussichtlich der Reichstag noch über Ostern hinaus zusammenbleiben dürfte. Durchaus zweifelhaft erscheint noch die Entscheidung des Hauses in den wichtigeren Fällen, namentlich in den Fragen der Abänderungen der Gewerbeordnung, der procentualen Börsensteuer und der Arbeitsbücher, da dieselbe von einigen wenigen Stimmen und der zufälligen größeren Bollzähligkeit dieser oder jener Partei abhängen dürfte. Wir sind daher zu der Annahme berechtigt, daß unsere Vertreter im Reichstage ihre parlamentarischen Pflichten in den kommenden Wochen mit besonderem Nachdruck erfüllen werden.

Am Tage nach dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen, also am 10. Januar, wird auch das preussische Abgeordnetenhaus seine Sitzungen wieder aufnehmen. Die „Kreuzzeitung“ rechnet aus, daß die Statsberathung allein noch 15 bis 20 Plenarsitzungen in Anspruch nehmen werde und daß hiervon wiederum der größte Theil durch die Berathung des Cultusetats in Anspruch genommen werden würde. Wenn sich schon die Debatten über den Etat so lange hinziehen werden, dann kann man mit Recht fragen, zu welcher Zeit

dann eigentlich die übrigen Berathungsgegenstände des Abgeordnetenhauses erledigt werden sollen; unter allen Umständen wird man sich aber auf ein längeres Nebeneinandertagen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses gefaßt machen müssen.

Am Freitag hat unter dem Voritze des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Köln eine amtliche Conferenz unter Theilnahme von Commissarien der Ressortminister anlässlich der Rheinüberschwemmung stattgefunden. Es handelt sich darum, die Vorbereitungen zu den Vorschlägen, welche dem preussischen Landtage wegen Gewährung von Staatshilfe für die überschwemmten Landestheile gemacht werden sollen, zu Ende zu führen. Den Verhandlungen der Conferenz sind die mittlerweile gesammelten Nachrichten über den Umfang der durch die jüngsten Ueberschwemmungen angerichteten Schäden zu Grunde gelegt worden.

Bei der im Wahlkreise Schlochau-Flotow am 4. Januar stattgefundenen Stichwahl ist der Geh. Reg.-Rath v. Lepper-Laski (freikonservativ) mit 9533 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Sein Gegencandidat, v. Komierowski (Pole) erhielt 7583. Der russische Gesandte in München, Graf v. d. Osten-Sacken, ist abberufen worden, da er in das Petersburger Auswärtige Amt eintreten wird.

Mit Beginn des Frühjahrs ist der Bau von vorläufig 16 neuen Forts am Kieler Hafen in Aussicht genommen.

Oesterreich-Ungarn. Die von der österreichischen Regierung beschlossene Errichtung einer czechischen Volksschule in Wien ist nun auch auf den Widerspruch des Wiener Gemeinderaths gestossen. In einer seiner jüngsten Sitzungen hat der Gemeinderath der österreichischen Hauptstadt den betreffenden Erlaß des Unterrichts-